

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Belegungspreis: Die jedem Abonnenten zugeteilte oder beim Anzeiger für das Erzgebirge...  
Belegungspreis: Die jedem Abonnenten zugeteilte oder beim Anzeiger für das Erzgebirge...  
Belegungspreis: Die jedem Abonnenten zugeteilte oder beim Anzeiger für das Erzgebirge...

Nr. 16

Sonnabend, den 19. Januar 1918

13. Jahrgang

### Hoffnungsvoller Verlauf in Brest-Litowsk.

Zerfall der russischen Armee. — Verhaftung des Rumänenkönigs. — Keine Hertlingkrise. — Sturmzeichen in der Caillaux-Sache.

#### Das „Selbstbestimmungsrecht“ bei den russischen Wahlen.

Je selbstbewusster die Worte des Herrn Trotski in Brest-Litowsk klingen, desto mehr wird er sich gefallen lassen müssen, daß man sich nach dem Stande seiner Regierungsmacht, nach der politischen Lage in Petersburg und nach der Entwicklung der jungen russischen Republik erkundigt. Am 18. Januar, also gleich nach dem russischen Neujahrsfest, sollte in Petersburg die Konstituante, die verfassunggebende Versammlung, zusammentreten. Nach ganz kürzlich verkündete in Berichtigung Trotskis der Volkskommissar Rasagow vom Landwirtschaftsministerium des gestrigen Freitag als den Tag des Verhandlungsbeginns. Aber diese amtlichen Verkündigungen werden liegen gestraft durch die Nachrichten der Petersburger Telegraphenagentur. Danach soll mit den Wahlen noch einmal von vorn angefangen werden, um der drohenden antibolschewistischen Zusammenfassung des Parlaments zu begegnen. Nach einer letzten Schätzung sollen bisher 800 Mitglieder zur Konstituante gewählt worden sein, nach einer anderen 400. Von 228 nachgeprüften Wahlergebnissen sollen 110 auf die Bolschewiki und 118 auf deren Gegner entfallen. Über alle diese Zahlen haben schon deshalb wenig Wert, weil dabei auch die Wahlen in der Ukraine, in der neuen Don-Republik, in Estland, in Estrien mitgerechnet sind, also in Gegenden, die nach Trotskis eigenem Bekenntnis gar nicht mehr zu dem russischen Volkskörper gehören, den er vertritt. Heißt wir jedoch bei den rein moskowitzischen Wahlen, so erscheint es zweifellos richtig, daß viele rechtsstehende Sozialrevolutionäre und in noch höherem Maße Kadetten als Abgeordnete nach Petersburg entsandt wurden, die nichts anderes im Schilde führen, als die verfassunggebende Versammlung zu sprengen und die Bolschewiki aus der Macht zu werfen. Ferner steht nach zuverlässigen neutralen (schwedischen) Meldungen fest, daß in einer großen Anzahl von Wahlbezirken geradezu verbrecherische Fälschungen vorgekommen sind. Menschewistische und noch mehr kadettische Wahlkomitees haben Minderjährige und Ausländer miteinbringen lassen, haben im Ausland befindliche Mitbürger als erscheinende Wähler angeführt, haben dieselben Wähler in mehreren Wahlbezirken stimmen lassen. Eine weitere Frage ist, ob die bisher gewählten kadettischen Kandidaten überhaupt anerkannt werden können, da die Kadetten vom Zentralkomitee der allrussischen Sowjets als Vaterlandsfeinde erklärt worden sind, die weder die derzeitige Regierungsart noch die gegenwärtige Regierungsmacht anerkennen, mit der längst abgesetzten ehemaligen provisorischen Regierung und dem als Landesfeindlich zu betrachtenden Kaledinischen Hauptquartier in Verbindung stehen und nachweislich Geldunterstützung von den früheren Verbündeten Rußlands erhalten, deren Verhältnis zu Rußland bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Zentralmächten ein international-rechtlich ziemlich sonderbares werden dürfte. Aber zur Bekämpfung dieser Mißstände haben die derzeitigen Regierungsorgane Maßnahmen ergriffen, die an Radikalismus und Rücksichtslosigkeit alles überrreffen, was die Geschichte der Revolution kennt. Nur solche Abgeordnete sollen zugelassen werden, die auf die Interessen der Arbeiter und Soldaten eingeworfen sind. Wer nicht pariert, der fliegt. Die Wahlen werden nur noch von der herrschenden Partei und für sie gemacht. Verfassunggebende Versammlung soll heißen: Ein Parlament, in dem sich nur noch die Anhänger der jetzigen Regierung begrüßen und einen Staat begründen, in dem die einseitigen Ideen der Maximalisten verwirklicht werden sollen. Eine höchst eigenartige Anwendung des — Selbstbestimmungsrechts! Es könnte uns allerdings ziemlich gleichgültig sein, wie weit die Petersburger Regierung bei solchen inneren Hieben zurecht kommt. Aber als Partner eines auch von ihr gewünschten Friedensschlusses müssen wir doch fragen: Sillt sich eine solche Regierung so lange am Ruder, als nötig ist, um die Sicherheiten des Vertrages zu gewahren? Wird nicht bei so fruchtlosem Vorgehen ein überstarker Gegenbruch erzeugt, der das bisher errichtete Gebäude zum Versen bringt? Das Mißtrauen, das die Bolschewikminister in Sowastopol unter Offizieren und andersdenkenden Soldaten anrichten, läßt das schlimmste für die von den Sowjets betriebene „Korrektur“ der Wahlen befürchten. Der deutsche General Hoffmann hat den Nagel auf den

#### Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 19. Januar.  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Lebhafte Artilleriekämpfe im Stellungsbogen nordöstlich von Oporn, auf dem Südufer der Scarpe und in der Gegend von Moeres. Auch an vielen Stellen der übrigen Front, namentlich zu beiden Seiten der Maas war die Feuerstätigkeit gesteigert. Nordöstlich von Begonvaux hielten Stoßtrupps Gefangene aus den französischen Linien.  
Ostlicher Kriegsschauplatz.  
Nichts Neues.  
Mazedonische Front.  
Im Cernabogen lag unsere Höhenstellung nordöstlich Baralowo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.  
Italienische Front.  
Die Lage ist unverändert.  
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Kopf getroffen, als er es den russischen Delegierten in Brest-Litowsk ins Gesicht sagte, daß ihre Regierung begründet sei lediglich auf rücksichtslose Macht, die alle Andersdenkenden unterdrückt. Herr Trotski sollte uns beweisen, daß er die große Mehrheit seines Volkes einschließt auch nicht bolschewistischer Parteien vertritt. Dazu könnte gerade die verfassunggebende Versammlung in Petersburg dienen. Was ist's nun mit dieser Versammlung? Die Dinge in Brest-Litowsk würden sich vielleicht rascher und erfreulicher entwickeln, wenn man über das Geheimnis der Konstituante etwas erfähre.

#### Politische Uebersicht.

##### Eine Hertling-Krise?

##### Der Reichskanzler und die Heeresleitung.

Der Berliner Korrespondent der „Alltäglichen Volksztg.“ versichert gegenüber den Andeutungen eines linksliberalen Blattes über eine Hertling-Krise: „Die Stellung Hertlings ist durch die letztägigen Ereignisse und Verhandlungen wenn möglich noch befestigt worden. Es kann heute ganz offen ausgesprochen werden, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und Hertling wohl Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen bestanden, auch vielleicht in Zukunft wieder entstehen können, daß aber Gegensätze von irgendwelcher Schärfe vom ersten Tage des Konfliktes an zwischen dem Grafen Hertling und der Obersten Heeresleitung nicht bestanden haben. Im Gegenteil, bei der Obersten Heeresleitung steht man dem weiteren Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler in den Fragen des Friedensschlusses mit Vertrauen entgegen. Das haben die letztägigen Aussprachen erwiesen.“

In einem weiteren Artikel sagt die „Alltägliche Volksztg.“: Nach neuerlichen Meldungen soll eine Antwort des Reichskanzlers auf die längsten Reden der feindlichen Staatsmänner nicht erfolgen. Die Gründe für das Unterbleiben einer Antwort sind uns nicht bekannt. Wir stehen aber vor der unumstößlichen Tatsache, daß etwas unterbleibt, dessen Notwendigkeit je länger, je dringender empfunden wird.“

Zu dem wird aus Berlin weiter gemeldet: Der Tag, an dem der Reichskanzler Graf Hertling seine angekündigte Erklärung im Hauptauschuß des Reichstages abgeben wird, ist noch immer nicht festgesetzt. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die allgemeine politische Debatte am kommenden Montag oder Dienstag wieder aufgenommen und der Kanzler an einem dieser Tage sprechen wird. Der Reichskanzler empfing eine Abordnung der konservativen Fraktion des Herrenhauses zu einer Besprechung über schwebende politische Fragen.

##### Botschaft vom Kaiser.

Der Kaiser hörte vorgestern den Vortrag des Chefs des Militärstabes und denjenigen des Chefs des Militärkabinetts. Am 18. d. M. empfing der Kaiser

den neuernannten Chef des Zivilkabinetts, bisherigen Oberpräsidenten von Belg., zur Meldung.

#### Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

##### Glücklicher Fortschritt.

Das Wiener „Telegr.“ berichtet, Witko meldet aus Brest-Litowsk vom 17. d. M.: Nach einer vom Generalkonsul Hempel aus Petersburg eingelaufenen Meldung nimmt der bisher schleppende Verlauf der Verhandlungen der Petersburger Kommission in den letzten Tagen einen günstigen Fortgang. Es gelang, bei der Erörterung über die Eröffnung der Privatpost und des Zeitungsverkehrs mit Rußland die bisher auf russischer Seite vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Es kann bereits zur Formulierung der getroffenen Vereinbarungen geschritten werden. Eine Verhandlung über den wechselseitigen Austausch von Arzneiwaren wurde ein Unterausschuß eingesetzt, welcher seine Beratungen am 18. d. M. begonnen hat.

##### Oesterreichs Wunsch nach Frieden.

Im Budgetauschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses verlangten sozialdemokratische Redner vom Ministerpräsidenten, er solle den Grafen Czernin von der Stimmung der Bevölkerung unterrichten, die einen Friedensschluß in Brest-Litowsk, aber auch den allgemeinen Frieden verlange. Ein Christlich-sozialer erklärte namens der deutschen bürgerlichen Parteien, daß alles zu unterlassen sei, was die Stellung der Vertreter der Verbündeten in Brest-Litowsk erschweren könnte. Diesen Ausführungen trat ein Deutschfreisinniger entgegen mit der Erklärung, daß die deutsche Bürgerschaft wie die deutsche Arbeiterschaft denke. Auch der Redner der Sozialisten erklärte, daß Volk verlange nur einen guten Frieden.

##### Kein Separatfrieden Bulgariens.

Entgegen den in letzter Zeit mehrfach in der Schweizer Presse erschienenen Gerüchten über einen möglichen Separatfrieden Bulgariens mit der Entente erklärte der bulgarische Gesandte in Bern, Passaroff, einem Mitarbeiter des „Berner Tagblattes“, die bulgarische Regierung werde weder jetzt noch später, weder direkt noch indirekt in irgendwelche Friedensverhandlungen mit den Alliierten eintreten, ohne gemeinsam mit den Verbündeten zu handeln. Bulgarien werde, so sehr es den Frieden herbeiwünsche, bis zum äußersten Ende mit den Bundesgenossen durchhalten. Bulgarien werde den hoffentlich nicht mehr fernem Separatfrieden mit Rußland gemeinsam mit den Bundesgenossen unterzeichnen.

##### Die italienischen Maximalisten.

Aus der Besprechung des italienischen Sozialistenblattes „Avanti“ über eine auf einer italienischen sozialistischen Versammlung angenommenen Tagesordnung geht hervor, daß die maximalistische Richtung der sozialistischen Partei in der Minderheit geblieben ist. Ihre Vorschläge, u. a. die Einbringung einer Friedensentscheidung in der Kammer und sofortige Einberufung des Parlamentes, wurden abgelehnt.

#### Der Vertrag von Björkö.

##### Winkt und legt.

Wie bereits aus der Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente bekannt geworden ist, war im Jahre 1906 anlässlich der Begegnung des Zaren mit dem Deutschen Kaiser in Björkö der Abschluß eines Vertrages angeregt bzw. vereinbart worden, der unter Zusammenschluß Rußlands, Deutschlands und Frankreichs dazu berufen sein sollte, ein Gegengewicht gegen die englisch-japanische Koalition zu bilden. Der Wortlaut dieses Vertrages wird nun mehr von der Kopenhagener „Berlingske Tidende“ wie folgt veröffentlicht:

Ihre Kaiserlichen Majestäten, der Zar aller Russen einerseits und der Deutsche Kaiser andererseits haben folgende Bedingungen für ein Abkommen über ein Verteidigungsbündnis zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens abgeschlossen:  
§ 1. Für den Fall, daß irgendeine europäische Macht einem der vertragsschließenden Staaten überfällt, verpflichten sich die Vertragsschließenden, den überfallenen Staat mit allen Land- und Seestreitkräften in Europa zu unterstützen.  
§ 2. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, mit keinem der Feinde gemeinsame Sache zu machen.  
§ 3. Dieser Vertrag tritt in Kraft, wenn seine Ratifizierung durch ein Joint-Commissariat bestätigt worden ist.